

Das Ergebnis der Koalitionsgespräche

Tragfähige Grundlagen für einen neuen Anfang

Die Mehrheit des Deutschen Bundestages hat am 1. Oktober 1982 Helmut Kohl zum Bundeskanzler gewählt. Unser Volk verbindet dieses Datum vor allem mit der Hoffnung auf einen Neubeginn in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik und dem Ende einer Politik, die unser Land in Massenarbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und Wirtschaftskrise gestürzt hat.

CDU/CSU und F.D.P. haben in ihren Koalitionsvereinbarungen tragfähige Grundlagen für einen neuen Anfang in der Politik geschaffen. Die Regierung Helmut Kohl wird die Gesundung der Staatsfinanzen einleiten, die Wirtschaft aus der Talsohle herausführen, den sozialen Frieden sichern und dafür sorgen, daß es mit der Beschäftigung wieder aufwärts geht.

Dies schlägt sich konkret in dem Koalitions-Vertrag nieder.

- Der Schuldenzuwachs beim Bund wird abgebaut. Dadurch werden wir die finanz- und beschäftigungspolitische Handlungsfähigkeit des Staates wiedergewinnen und zur Senkung der Zinsen beitragen
- Wir werden beim Bundeshaushalt 1983 über die bereits vorgesehenen Einsparungen in Höhe von 8,5 Mrd. DM hinaus weitere Kürzungen in Höhe von 5 Mrd. DM bei gesetzlichen Aufgaben und bei den Subventionen vornehmen. Eine stärkere Rückführung der Neuverschuldung wäre wünschenswert gewesen. Denn die alte Regierung hinterläßt für das Jahr 1983 eine Deckungslücke im Bundeshaushalt von über 50 Mrd. DM. Gleichzeitig müssen weit mehr als zwei Millionen Arbeitslose und eine weiter anschwellende Pleitewelle vor allem bei kleineren und mittleren Unternehmen befürchtet werden.
- Eine weitergehende Drosselung der Staatsausgaben im gegenwärtigen Zeitpunkt hätte jedoch die Gefahr bedeutet, daß das finanzpolitisch Gebotene konjunktur- und wirtschaftspolitisch ins Negative umschlägt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß ein Teil der Kürzungen und Eingriffe entsprechende Entlastungen der Länder- und Gemeindehaushalte nach sich ziehen wird.
- Hier liegt ein Schlüssel künftiger erfolgreicher Arbeitsmarktpolitik. Nur wenn die Mitverantwortung des Bundesgesetzgebers für die Eckdaten unserer Länder- und Gemeindehaushalte im Auge behalten wird, ist die verhängnisvolle Talfahrt der Investitionen zu

bremsen und eine Trendwende hin zur breiten und nachhaltigen Investitionsstärkung der öffentlichen Haushalte zu erreichen.

■ Die Forderung nach spürbaren Subventionskürzungen im Bundeshaushalt auf breiter Front wurde mit dem Koalitionsvertrag erfüllt. Insgesamt werden etwa zehn Prozent des Subventionsvolumens beim Bundeshaushalt 1983 gekürzt. Einsparungen dieser Größenordnung in diesen Haushaltsbereichen hat es bisher nicht gegeben.

■ Mit der Koalitionsvereinbarung ist eine Offensive zugunsten privater und öffentlicher Investitionen eingeleitet worden. Investitionen sind der Schlüssel zu neuen Arbeitsplätzen. Das Baugewerbe, und hier besonders der Wohnungsbau, wirkt wie kein anderer Wirtschaftszweig als Konjunkturmotor. Schon deshalb werden wir gezielt den Wohnungsbau fördern. Zur Finanzierung werden wir eine obligatorische Anleihe in Höhe von fünf Prozent der Steuerschuld ab einem bestimmten Einkommen einfordern.

■ Der Koalitionsvertrag enthält eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung der Investitionsbereitschaft vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen. Diese Maßnahmen finanzieren wir über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die Investitionen werden ab 1. 1. 1983 gefördert; die Mehrwertsteuererhöhung setzt erst ein halbes Jahr später ein.

■ Der Koalitionsvertrag macht auch soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität zur Grundlage der künftigen Regierungspolitik. Auch Sozialpolitik muß sich am Verfügbaren orientieren. Wir brauchen eine Atempause. Die Verschiebung der Leistungserhöhungen in allen Bereichen, auf die die Bundesregierung Einfluß nehmen kann – sei es die Beamtenbesoldung, die Rentenerhöhung, die Anhebung der Sozialhilfen, der Lastenausgleich oder die Altershilfe für Landwirte –, schafft eine Atempause für die Staatsfinanzen. Sie ist eine Aufforderung zu praktischer Solidarität für jene, die mehr wollen und auf die die Regierung weder Einfluß nehmen will noch kann.

■ Sozialpolitik muß von der Hektik der letzten Jahre befreit werden. Soziale Sicherheit liegt auch darin, daß der einzelne Bürger den Umfang seiner Leistungsansprüche langfristig abschätzen kann. Weniger dauerhaft garantieren zu können, trägt mehr zum sozialen Frieden dieses Landes bei, als zu hoch gesteckte Angebote und Erwartungen ständig hinterfragen zu müssen.

■ Sozialpolitik muß das Prinzip der Subsidiarität von Sozialleistungen beachten. Die Einschränkungen im Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung etwa tragen diesem Grundsatz Rechnung.

■ Sozialpolitik kann in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht mehr sozialen Komfort garantieren. Deshalb sind die beschlossenen Kürzungen beim Bundesausbildungsförderungsgesetz sozial vertretbar. Deshalb muß auch jenen der Verzicht auf einen Teil des Kindergeldes zugemutet werden können, die dies wirtschaftlich tragen können.

■ Die Familien werden wir gezielt dadurch stärken, daß wir das Ehegattensplitting durch ein Familiensplitting ersetzen, was vor allem Familien mit Kindern zugute kommt.

■ Die Koalitionsparteien haben mit dieser Vereinbarung politischen Mut und Augenmaß bewiesen. Wir wissen, die vor uns liegenden Aufgaben sind nicht leicht. Sie sind auch nicht von heute auf morgen zu lösen. Den Anfang haben wir gemacht.

Gerhard Stoltenberg

In schwerer Zeit eine ehrliche und verantwortungsbewußte Politik einleiten

Schnell wirksame Entscheidungen zur Belebung der privaten und öffentlichen Investitionen, zur Begrenzung der Haushaltsdefizite 1983 und langfristig angelegte Beschlüsse zur Förderung des Wirtschaftswachstums sind das Kernstück der Koalitionsvereinbarungen von CDU/CSU und FDP.

Die finanzielle, wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Hinterlassenschaft der Sozialdemokraten ist katastrophal. Es droht nach den öffentlichen Feststellungen hoher Beamter der bisherigen Bundesregierung ein Fehlbetrag im Bundeshaushalt 1983 von rund 53 Milliarden Mark, wenn nicht in den nächsten Wochen umfassende Entlastungen für den Etat beschlossen werden. Deshalb bleibt der Vorschlag Bundeskanzler Schmidts unannehmbar, den Bundestag sofort aufzulösen, ohne daß neue Gesetzesvorlagen in Kraft treten können.

Die SPD propagiert in diesen Tagen eine Politik der verbrannten Erde. Die Stellungnahmen der Bundesminister Lahnstein und Westphal lassen jedes Verantwortungsbewußtsein für die Folgen der verfehlten eigenen Politik und für die Zukunft von Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Haushalt vermissen. Aus Angst vor dem Machtverlust sind die sozialdemokratischen Bundesminister nur noch bestrebt, den politischen Gegner herabzusetzen und seine Absichten zu verdrehen.

Wir sind bereit, in schwerer Zeit eine ehrliche und verantwortungsbewußte Politik einzuleiten. Jeder nachdenkliche Bürger weiß, daß manche gesetzlichen Besitzstände verringert werden müssen, wenn die Wirtschaft gesunden und die Arbeitslosigkeit endlich erfolgreich bekämpft werden soll. Dabei sind wir um soziale Ausgewogenheit bemüht. Dies wird in der Finanzierung der Investitionshilfe für den Wohnungsbau durch einen Sonderbeitrag höherer Einkommen ebenso sichtbar wie in den geplanten Einkommensgrenzen für das Kindergeld.

Jeder soll seinen Beitrag leisten, aber ohne Hypotheken für die Betriebe. Wenn die SPD ihnen neue Belastungen auferlegen will, treibt sie immer mehr Unternehmen in den Konkurs und vergrößert die Arbeitslosigkeit weiter.

Wir werben für eine solidarische Anstrengung unseres ganzen Volkes, um die vorrangigen Gemeinschaftsziele Wiederbelebung der Wirtschaft und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu meistern. Dazu brauchen wir schnelle und mutige Entscheidungen und vor allem den Gemeinsinn aller Bürger. Die neue Politik muß jetzt beginnen. Es wird ohnehin etwa ein Jahr dauern, bis die jetzt getroffenen Entscheidungen sich positiv auswirken. Für den kommenden Winter müssen wir die durch verhängnisvollen Fehler sozialdemokratischer Politik leider mit einer sehr hohen Arbeitslosigkeit rechnen. Aber wenn jetzt die richtigen Entscheidungen getroffen werden, besteht die Aussicht, daß bereits im zweiten Halbjahr 1983 sich Zeichen einer positiven Trendwende ergeben.

Wir wollen deshalb nicht nur kürzen, sondern sofort bessere Bedingungen für die Investitionen der Betriebe, eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die Wiederbelebung des Wohnungsbaus und Existenzgründungen schaffen. Dazu gehört auch die Absicht, die Bundesmittel 1983 für die großen staatlichen Gemeinschaftsaufgaben – wie regionale Wirtschaftsförderung, Hochschulbau, Agrarstruktur, Umweltschutz, Investitionen und Krankenhausbau – erheblich zu erhöhen.

Wir nehmen das schwere Erbe einer gescheiterten sozialdemokratischen Politik auf uns. Wir leiten den Kurswechsel für eine bessere Zukunft jetzt ein und vertrauen auf die Initiative der mündigen Bürger unseres Landes.

Norbert Blüm

Die Alternative heißt: Wende oder Ende

Wir sparen nicht aus Liebe zum Sparen, sondern um wieder Vollbeschäftigung zu schaffen. Nicht wir, sondern die alte Regierung hat den Karren in den Dreck gesetzt.

Die Alternative heißt: Wende oder Ende. Jetzt haben alle die Wahl zwischen einer sechsmonatigen Atempause oder dem Zusammenbruch von Wirtschaft und sozialer Sicherung. Deshalb appelliere ich an alle, freiwillig dem Beispiel der Rentner und Kriegsoffer zu folgen: halbjährige Lohn- und Gehaltspause. Das muß auch für Selbständige, zum Beispiel Ärzte und Unternehmer gelten. Natürlich erwarte ich, daß die Wirtschaft im Gegenzug Preisstabilität hält und Arbeitslose – wo immer es geht – einstellt. Hier muß sich zeigen, ob wir noch zu solidarischem Handeln fähig sind oder wirklich schon eine Gesellschaft von Egoisten sind.

Wenn alle mitmachen, wird dies auch die Arbeitslosigkeit senken. Außerdem: Wir werden eine Regierung haben, die sich nicht mehr mit ihren Streitigkeiten beschäftigt, sondern die Probleme aller energisch anpackt.